Gemeindeblatt

für den Synagogenbezirk Duisburg

Amtliches Organ der Gemeinde

Verlagsort Kassel.

2. Jahrgang | Duisburg, den 3. Juni 1929 (24. Ijar) | Nr. 9

Jüdische Tagungen.

Frauentag in Bad Kreuznach.

Delegiertentag des Verbandes Jüdischer Frauenvereine von Rheinland und Westfalen (Provinzialverband des JFB.).

Am 7. Mai hielt der Verband Jüd. Frauenvereine von Rheinland und Westfalen seine diesjährige Delegiertentagung in Bad Kreuznach ab. Der Vorabend vereinte die Delegierten und die Kreuznacher jüdischen Frauen im Saale des jüd. Kinderheims zu einem zwanglosen Zusammensein. Weder an gastlicher Bewirtung noch an offiziellen Begrüßungsreden wurde vonseiten der Kreuznacher gespart. Besonders die Vertreter der Männerorganisationen waren unerschöpflich in „Huldigungen" für die Frauen, so daß wir uns nolens volens revanchieren mußten. Dies tat Frau Eschelbacher (Düsseldorf) in wirklich witziger und amüsanter Form.

Am anderen Morgen begann um Punkt 9 Uhr die Tagung, an der nur die Delegierten teilnahmen. Das Arbeitsprogramm umfaßte folgende Punkte: Organisationsfragen, Ergänzungswahl für den Vorstand, Winterarbeit usw. Als positives Ergebnis ist zu verzeichnen, daß ein Antrag an den Hauptvorstand des JFB. eingereicht wurde, der fordert, daß eine Vertreterin des JFB. mit den jüdischen Anstaltsleitern dahingehend Rücksprache nimmt, daß Praktikantinnen, die eine dreijährige staatliche Frauenberufsausbildung genossen haben, in jüdischen Anstalten unentgeltlich gegen freie Station aufgenommen werden müssen. Dem Uebel, daß unsere jüdischen Mädchen in christlichen Häusern Praktikantinnenstellen anzunehmen gezwungen sind, muß gesteuert werden.

Zur Beratung des Winterprogramms wurde ein Ausschuß von fünf Frauen gebildet, der rechtzeitig allen Vereinen ein ausgearbeitetes Programm vorlegen soll.

Die organisatorischen Fragen führten, wie immer, zu einer ausgiebigen Erörterung über Frauenverein- und Frauenbundfragen.

Neugewählt in den Provinzialverband-Vorstand wurden: Frau Clara Caro (Köln), Frau Fröhlich (Koblenz), Frau Kretzmar (M.-Gladbach) und Frau Aenne Hahn (Essen).

Die Mittagspause wurde zu einer Fahrt nach Münster a. St., allwo auch das Mittagessen eingenommen wurde, benutzt. Die wunderschöne Landschaft hat die Teilnehmerinnen der Tagung, die in den Aussprachen in einen oft hitzigen Meinungsaustausch geraten waren, wieder beruhigt und versöhnlich gestimmt.

Am Nachmittag fand die Führung durch das Jüd. Kinderheim in dem wir auch tagten, statt. Alle die schon oft derartige Heime besichtigt hatten, mußten ehrlicherweise sagen, daß es kaum ein schöner gelegenes, ein moderner eingerichtetes und ein besser und liebevoller geleitetes Heim geben kann. Die einfach, aber sehr geschmackvoll eingerichteten Zimmer, der luftige Speisesaal, die völlig abgelegene Isolierstation, die neue, große Liegehalle (bei kaltem Wetter durch Doppelfenster geschützt) und der riesige Baderaum mit Sol- und Süßwasserbädern erwecken wirklich den Eindruck eines kleinen Kinderparadieses.

Anschließend an die Führung sprach vor den Delegierten und Kreuznacher Frauen Frau Prof. Dr. Selma Mayer über „Berufliche Ausbildung unserer Mädchen". An diesen Vortrag, der die akademische Laufbahn als das Ideal hinstellte, schloß sich eine lebhafte Diskussion, da viele Frauen die Grundeinstellung der Rednerin nicht teilen konnten.

Nach einem Geleitwort von Frau Jacobs (Kreuznach) für uns Gäste und einem uns Allen von Herzen kommenden Dank von Frau Stern (Rheidt) an die Kreuznacher Frauen schloß diese Tagung, die wieder einen engen Konnex zwischen den Frauen von Rheinland und Westfalen herstellt. Aenne Hahn.

Lehrertagung in Neuwied.

Der Verein israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalen hielt am 21. und 22. Mai in Neuwied seine Hauptversammlung ab, die von dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Lehrer Katzenstein (Steele) geleitet wurde. Als Ehrengäste waren anwesend: Der Vertreter der Stadt Neuwied Herr Syndikus Dr. Voß, der Vertreter der Schulbehörde Herr Schulrat Weiß und als Vertreter des Vorstandes und der Repräsentanten der Synagogen-Gemeinde Neuwied die Herren Stern und Kahn. Nach den üblichen Begrüßungsreden gab der stellvertretende Vorsitzende einen Bericht über die Vereinstätigkeit des letzten Jahres und ging insbesondere auf die Einwirkung der wirtschaftlichen Umwälzung in Gemeinden und Schulen der beiden Provinzen ein. In ehrenden Worten beklagte er das im letzten Vereinsjahr erfolgte Ableben der Mitglieder Ostwald (Witten), Baum (Rheine), Ostermann (Bochum), Lehmann (Simmern) und Oppenheim (Goch). Er gedachte ferner zweier für das jüdische Schulleben so bedeutender Toter wie Jakob Löwenberg (Hamburg) und Seminardirektor Dr. Michael Holzmann (Berlin). Längere Ausführungen waren der Kleinarbeit gewidmet, die durch Vorstandsbeschlüsse und Bezirkskonferenzen erledigt wurden, die sich sowohl auf das innere Schulleben als auch auf die äußere Gestaltung der Schulverhältnisse bezogen. Im Mittelpunkte der zweitägigen Verhandlungen standen die Vorträge: 1. Ueber apologetische Fragen im Religionsunterricht durch Lehrer Buchheim (Essen), und 2. über „Der Lehrer in der Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinde durch Lehrer Frohsinn (Essen).

Wiederholt wurde es lebhaft bedauert, daß mit Rücksicht auf Arbeitsüberlastung der langjährige geschätzte Vorsitzende, Herr Rektor Abraham (Essen), sein Amt niederlegen mußte. Um aber seine wertvolle Mitarbeit nicht entbehren zu müssen, übertrug ihm die Versammlung einstimmig den Ehrenvorsitz und sandte ihm telegraphisch Dank und Gruß. Die Leitung des Vereins liegt nunmehr in den Händen des bisherigen 2. Vorsitzenden, des Herrn Katzenstein (Steele). Als Tagungsort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Duisburg gewählt, um so zugleich das Interesse des Vereins an der aufblühenden dortigen jüdischen Volksschule zu bekunden.

Bundestag der Junggruppe im Verbande der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

Düsseldorf, 24. Mai. (JTA.) Mitten im Odenwalde, bei Gaimühle, fand an den beiden Pfingsttagen der erste Bundestag des Bundes der Junggruppe im Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands statt. Aus 28 Gruppen waren etwa 350 Jungens und Mädels aus ganz Deutschland zusammengekommen. Bald entwickelte sich auf dem herrlich gelegenen Versammlungsplatz ein fröhliches Lagerleben.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die beiden ausgezeichneten Referate von Leo Eschelbacher (Düsseldorf) über „Bundesidee" und Manfred Altmann (Trier) über „Wille und Tat im Judentum". An diese beiden Referate knüpften sich in einer größeren Anzahl von Arbeitsgemeinschaften lebhafte Aussprachen an, deren äußerer Abschluß die Wahl der neuen Bundesleitung bildete, die sich aus Leo Eschelbacher (Düsseldorf), Manfred Altmann (Trier) und Martin Seligmann (Chemnitz) zusammensetzte.

Den Höhepunkt bildete die nächtliche Bundesfeier. In beseelten Worten sprach Martin Seligmann am Feuer vom Einzelnen und dem Bund. Hebräische Lieder und ein Sprechchor vervollständigten diese eindrucksvolle Feierstunde. Als Abschluß des Bundestages konnte Martin Seligmann mit Recht feststellen, daß der Bundestag seine Aufgabe, die Gruppen im Geiste der Jugendbewegung und der kraftvollen jüdischen Arbeit zu einem Bund zusammenzuschmelzen, vollauf erfüllt habe.

Hauptversammlung der Vereinigung liberaler Rabbiner Deutschlands.

Berlin. (J.T.A.) Am 21. und 22. Mai fand in Berlin die Hauptversammlung der Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands statt, zu der über 50 Rabbiner erschienen sind.

Auf der Vorversammlung am Dienstag, den 21. d Mts., abends gab der Vorsitzende Seligmann-Frankfurt a. M. den Rechenschaftsbericht, worin er insbesondere auch auf den Anteil der Rabbiner an der Weltkonferenz des liberalen Judentums zu Berlin und der zu Ehren Montefiores erschienenen Festschrift Bezug nahm; an den Bericht schloß sich eine allgemeine Aussprache an. Am Mittwoch, den 22. Mai sprach in einstündigen Ausführungen Dienemann-Offenbach über das Versammlungsthema „Eherechtliche Fragen". Die ungemein lebhafte und eindringliche Diskussion, an der sich insbesondere Lewkowitz-Berlin, Samuel-Essen, Freudenthal-Nürnberg, Baeck-Berlin, Sänger-Breslau, Wiener-Berlin, Vogelstein-Breslau, Wolf-Dresden, Levi-Mainz, beteiligten, schloß mit der einstimmig angenommenen Entschließung, die gesamten Verhandlungen, die stenographisch aufgenommen worden waren, in einer von der Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands herauszugebenden besonderen Schrift der Öffentlichkeit zu übergeben.

Am Nachmittag referierte **Seligmann**-Frankfurt a. M. über das nunmehr fertiggestellte Gebetbuch für liberale Gemeinden. Die Diskussion hierüber klang aus in eine von Baeck, Italiener, Kronheim, Dienemann, Tänzer und Schönberger beantragte Resolution:

„Die Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands begrüßt mit Dank das Erscheinen des auf ihre Anregung im Auftrage des liberalen Kulturausschusses des Preußischen Landesverbandes fertiggestellten Gebetbuch für liberale Gemeinden und empfiehlt es allen Gemeinden zur Einführung; sie wünscht die Ausarbeitung einer Denkschrift, die allen in Betracht kommenden Gemeinden zugehen soll."

Berliner Tagung der Vereinigung gesetzestreuer Rabbiner.

Berlin. (JTA.) Die Vereinigung traditionell gesetzestreuer Rabbiner hielt ihre diesjährige Versammlung vom Montag, den 20. Mai, abends, bis Mittwoch, den 23. Mai, abends, in Berlin in den Räumen der Realschule der Adaß Jisroel im Sigismundhof ab. Leiter der Versammlung war Rabbiner Cohn-Breslau, der in seinen Einführungsworten den Heimgang einer bedauerlich großen Zahl führender rabbinischer Persönlichkeiten in Deutschland, auch den des Vorsitzenden des Vereins, Rabbiner Bondy (Mainz) beklagte. Beherrscht war die Tagung von den Gegenwartsproblemen, die sich aus der schweren Wirtschaftskrise zwangsläufig für die praktische Religiosität ergeben. Fragen der Sabbat-Heiligung, der Bekämpfung der Kinder-Beschränkung, des Niederganges der Religion in den kleinen Gemeinden standen im Vordergrunde. Tief einschneidende Beratungen galten auch der Bekämpfung der Mischehen und der Reinerhaltung der jüdischen Familie gegen Tendenzen der Assimilation und der Außerachtlassung der die jüdische Ehe beherrschenden Gesetze der Tradition. In den Vorstand wurden gewählt die Rabbiner Unna (Mannheim), Cohn (Wien), Cohn (Breslau), Auerbach (Halberstadt), Carlebach (Altona), Horowitz (Frankfurt a. M.) und Dozent Dr. Wohlgemuth.

Delegiertentag der deutschen Agudas Jisroel.

Leipzig. Sonntag, den 19. und Montag, den 20. Mai wurde in Leipzig der Delegiertentag der deutschen Agudas Jisroel unter Vorsitz von Oberrabbiner Dr. Spitzer-Hamburg abgehalten. Dem Präsidium gehörten, außer dem Vorsitzenden der Organisation, die Herren Gemeinderabbiner Dr. **Hoffmann-Breslau** und **Julius Löwenthal-Eschwege** an. Nach den Begrüßungsansprachen wurden nacheinander Berichte seitens der Leitung der Landesorganisation, der Palästinazentrale, der Jugendorganisation und des Kriegswaisenfonds der Agudas Jisroel erstattet, während der deutsche Keren Hathora seinen Bericht gedruckt vorlegte. Die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Fonds während des Jahres 1928 belaufen sich auf annähernd 250 000,— Mk. Namens des Geschäftsführenden Ausschusses der Weltorganisation der Agudas Jisroel sprach Dr. Pinchas Kohn-Wien. In der außerordentlichen lebhaften Generaldebatte, die sich an die Berichte anschloß, bildete den Mittelpunkt die Diskussion über den § 4 der Agudas-Satzungen. Dieser Paragraph schließt aus den zentralen Organen der Gesamt-Aguda Angehörige solcher Organisationen aus, die im „prinzipiellen Gegensatz" zur Agudas Jisroel stehen. Der Paragraph wurde von der ersten Kenessio Gedaulo auf Antrag der Slovakei-Delegation geschaffen und richtet sich gegen den Misrachi. Die Verhandlungen auf dem Delegiertentag endeten mit der Annahme folgender Resolution:

Der Leipziger Delegiertentag der deutschen Landesorganisation der Agudas Jisroel ist der Ueberzeugung, daß eine Revision der Satzungen der Weltorganisation zu den wesentlichen Aufgaben der kommenden Kenessio Gedaulo gehört.

Die Bestimmungen des § 4 über die Wählbarkeit in die zentralen Verwaltungsorgane der A. J. entsprechen in der Auslegung, die sie gefunden haben, weder dem Wesen noch dem Zwecke einer Golus-Organisation, im Dienste der Gesamtheit des thoratreuen jüdischen Volkes. Die Beseitigung dieser Bestimmungen durch die Kenessio Gedaulo erscheint dem Delegiertentag als Lebensnotwendigkeit für die Erhaltung und die Erweiterung der gesamten Aguda, insbesondere aber der deutschen Landesorganisation.

Von Interesse ist noch folgende, von dem Delegiertentag einstimmig angenommene Resolution, die sich auf Palästina bezieht.

Jewish-Agency: Der Leipziger Delegiertentag der A. J. in Deutschland hält den Beschluß der Wiener Zentralsitzung von 1921 für die Erez Jisroel-Arbeit nach wie vor für aktuell und tritt für eine vollberechtigte und vollverpflichtete Mitarbeit der Agudas Jisroel in der Jewish Agency ein, unter der Bedingung, daß die Agency ausschließlich politischen und wirtschaftlichen Aufgaben gewidmet ist und die Kulturarbeit den beteiligten Verbänden überläßt.

Weltkonferenz der jüdischen Handwerker in Beuthen.

Der Weltverband wird gegründet.

Beuthen (O.-S.). Am Sonntag, den 26. Mai, versammelten sich in Beuthen die Vertreter der jüdischen Handwerkerverbände in Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Litauen usw., um in Beratungen zu treten, die zur Gründung eines Weltverbandes jüdischer Handwerker führen sollen Die Anregung hierzu ging vom Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands aus, deren Vorsitzender Wilhelm Markus und dessen Geschäftsführer Erich Salinger zusammen mit der Ortsgruppe jüdischer Handwerker in Beuthen die Konferenz vorbereiten. Etwa 200 Delegierte und Gäste sind in Beuthen anwesend.

Die feierliche Eröffnungssitzung fand am Sonntag um 10,30 Uhr vormittags im Kaisersaal zu Beuthen statt. Sie gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Vertreter der Regierungsbehörden, der jüdischen Gemeinden und Organisationen nahmen an dem offiziellen Akt teil und begrüßten die Konferenz. Um 1 Uhr fand in den Logenräumen ein Festessen statt, dem sich nachmittags eine Rundreise über das oberschlesische Industriegebiet anschloß.

Am Montag, 27. Mai, 9 Uhr vormittags, begann die Gründungs- und Arbeitssitzung. Die Stimmung unter den Delegierten aller Länder ist für die Schaffung eines Weltverbandes jüdischer Handwerker. Man trat in die Beratung der vom deutschen Verbande ausgearbeiteten Satzungen ein, die über Name und Zweck des Weltverbandes folgendes besagen:

Der Verband führt den Namen „Weltverband jüdischer Handwerker". Er bezweckt den Zusammenschluß der Vereinigungen jüdischer Handwerker aller Länder zu folgenden Aufgaben: 1. Zusammenfassung aller jüdischen Handwerkerorganisationen zum „Weltverband jüdischer Handwerker". 2. Gesamtvertretung der jüdischen Handwerker bei allen jüdischen Organisationen, insbesondere bei denen, die für die Produktivierung der Juden tätig sind. 3. Gesamtvertretung der jüdischen Handwerker bei interkonfessionellen Berufsvereinigungen. 4. Schaffung und Ausbau von Krediteinrichtungen und Genossenschaften für jüdische Handwerker sowohl durch Errichtung von Kreditgenossenschaften, als auch durch Zusammenschluß der verschiedenen genossenschaftlichen Krediteinrichtungen der jüdischen Handwerker zu einer Zentralbank. 5. Schaffung einer Einkaufsstelle für Maschinen und Rohmaterial. 6. Schaffung von Berufs-Arbeitsgemeinschaften zwecks Austausch der beruflichen Erfahrungen zur Verbesserung der Produktion und Arbeitsmethoden. 7. Schaffung einer Beratungsstelle für Wirtschaft und Technik im Handwerk. 8. Studium der Wirtschaftslage der verschiedenen Berufe zwecks Zuführung der jüdischen Jugend zu jenen Berufen, die handwerklich noch als aussichtsreich angesehen werden. 9. Förderung der Lehrlingsausbildung. Sitz des Verbandes ist Berlin.

Tagung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen des C. V.

Sonntag, 12. Mai, fand in Essen eine Vorstandssitzung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen statt, die trotz des sommerlichen Wetters sehr stark besucht war. Syndikus Dr. Wiener (Berlin) berichtete über die politische Lage und über die Tätigkeit des C.-V. Assessor Dr. Selo (Düsseldorf) hielt einen eingehenden Vortrag über Organisationsfragen. Dazu äußerte sich Rechtsanwalt Brück (Elberfeld). Rechtsanwalt Dr. Krombach (Essen), der die Verhandlungen leitete, gab Ratschläge für die im Herbst zu erwartenden Kommunalwahlen. Eine ausgiebige und wertvolle Aussprache schloß sich an die Referate. Am Abend fand in Essen eine Versammlung der Ortsgruppe des C.-V. statt, in der Rabbiner Dr. Jakob (Dortmund) über „Antisemitismus im Altertum" sprach. Im Anschluß daran wurde in schlichter, aber herzlicher Feier der Abschied für Rabbiner Dr. Jacob begangen, der am 1. April nach 40jähriger Tätigkeit als Rabbiner aus seinem Amte geschieden ist. Namens des Landesverbandsvorstandes und der Ortsgruppe Essen widmeten Dr. Krombach, namens des Hauptvorstandes Dr. Wiener dem Gelehrten und Kämpfer Benno Jacob herzliche Worte der Dankbarkeit.

Jahrestagung des amerikanisch-jüdischen Kongresses.

Der amerikanisch-jüdische Kongreß, der soeben in Atlantic City unter dem Vorsitz von Stephan Wise seine diesjährige Jahrestagung abhielt, faßte einen einstimmigen Beschluß, worin die Erweiterung der Jewish Agency begrüßt wird. Stephan Wise stimmte gleichfalls dafür mit dem Vorbehalt, er werde auf dem XVI. Kongreß für genaue Einhaltung der früheren Kongreßbeschlüsse eintreten. Der Kongreß faßte ferner eine Resolution, wonach eine Arbeitsgemeinschaft mit dem American Jewish Committee (Marshall-Gruppe), zu dem bisher tiefe Gegensätze bestanden, für wünschenswert erklärt wird. Dr. Sliosberg und Dr. Gottlieb-Warschau hielten Referate über die Lage der Juden in Osteuropa. Da Wise eine Wiederwahl ablehnte, wurde R.-A. Bernhard Deutsch zum Präsidenten gewählt.

Tagung des amerikanischen Misrachi.

Die Konferenz des amerikanischen Misrachi protestierte dagegen, daß gewisse Institutionen in Jerusalem, die mit dem Gelde amerikanischer Juden erhalten werden, für politische Zwecke der Agudas Jisroel mißbraucht werden. Eine weitere Resolution spricht sich für unbedingte Aufrechterhaltung der vollen Autonomie des misrachistischen Schulwesens in Palästina aus.

Jüdische Bevölkerungsziffern.

Bergisches Land und Duisburger Bezirk.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten kommunalen Neugliederung von Teilen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, die die preußischen Parlamente, den Landtag und den Staatsrat jüngst beschäftigte, veröffentlichte die Kölner Jüdisch-liberale Zeitung Nr. 15 vom 12. April 1929 einen Artikel, der — neben einer Skizzierung der durch die Umgemeindungen und Zusammenschlüsse möglicherweise entstehenden Vorteile für die Organisation der jüdischen Gemeinden des betreffenden Bezirks — eine Uebersicht über die Zahlen der Gesamteinwohnerschaft und der jüdischen Bevölkerung der wesentlichen in Betracht kommenden Städte enthält. Die Angaben basieren offenbar auf den Ergebnissen der Konfessionsstatistik der letzten großen deutschen Volkszählung vom Jahre 1925.

Hier sollen lediglich die Bevölkerungszahlen der Bezirke Bergisches Land (im engeren Sinne) und Duisburg (im weiteren Sinne) einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. (Die absoluten Zahlen sind an dieser Stelle durch eine besondere Prozentzahlentabelle ergänzt.)

	Gesamtbevölkerung (absolut)	Jüdische Bevölkerung a) absolut	b) in % der Gesamtbevölkerung
	1. Bezirk Bergisches Land		
Elberfeld	167577	2335	1,40
Barmen	187099	721	0,40
Vohwinkel	16093	31	0,19
Cronenberg	14051	22	0,15
Ronsdorf	15174	39	0,25
Remscheid	76827	229	0,30
Lennep	14155	32	0,20
Lüttringhausen	13671	3	0,02
Solingen	51929	210	0,40
Wald	27560	18	0,06
Höhscheid	15853	5	0,03
Gräfrath	10582	0	0,00
Ohligs	29804	41	0,01
	2. Bezirk Duisburg		
Duisburg	272798	2080	0,70
Hamborn	126618	818	0,60
Homberg	26290	87	0,30
Oberhausen	105436	513	0,50
Sterkrade	50757	130	0,25
Osterfeld	32592	48	0,14

Mögen die vorstehenden Zahlen sich auch im Laufe der nahezu vergangenen vier Jahre ein wenig verschoben oder verändert haben, so sind sie dennoch geeignet, auch heute noch ein annähernd getreues Bild von dem Stärkeverhältnis zu geben, in dem die jüdische Bevölkerung zu der Gesamtbevölkerung der beiden Bezirke steht. Besonders interessant dürfte die Feststellung sein, wie sehr der auch nur etwas ländliche Charakter einer Stadt einen oft auffallend niedrigen Prozentsatz der jüdischen Einwohnerschaft bedingt.

Dr. Ernst G. Löwenthal (Köln)

Warum der preußische Landesverband von der Regierung noch nicht anerkannt ist.

Sitzung des Großen Rates.

Berlin. (Amtlich.) Am Sonntag, den 26. Mai, tagte zu Berlin der Große Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden.

Die formale Anerkennung des Preußischen Landesverbandes durch die Staatsregierung steht zur Zeit immer noch aus. Von der Staatsregierung wurde eine Abänderung der Verfassung des Landesverbandes als Voraussetzung für die Anerkennung gefordert. Bei dieser Aenderung handelt es sich in der Hauptsache um die Beseitigung des Satzes in Artikel 1: „Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden ist eine Religionsgesellschaft“, ferner um die Forderung, daß für das Wahlrecht die deutsche Reichsangehörigkeit verlangt wird, und daß für Umlagebeschlüsse, für die Aufnahme von Anleihen und für die Veräußerung von kulturhistorisch wertvollen Gegenständen bestimmte staatliche Aufsichtsbefugnisse in der Verfassung vorgesehen werden. Der Rat war in der Mehrheit der Ansicht, daß über diese Forderungen weiterhin mit der Regierung verhandelt werden soll.

Für Zwecke der Ausbildung konservativer Lehrer war nach Bewilligung von 20 000 Reichsmark für den Oberbau der Jawneschule in Köln sowie eine Anzahl von Stipendien an die Lehranstalten Köln, Würzburg, Höchberg und Frankfurt a. M. noch ein Rest von 20 000 Reichsmark vorhanden; diese wurden nach längerer Debatte dem Seminar Würzburg-Höchberg zugesprochen.

Zu dem Beschlusse des Verbandstages vom 3. und 4. Februar dieses Jahres, der eine Gesamtrevision der Verfassung des Landesverbandes verlangte, wurde in eingehender Debatte Stellung genommen. Der von der Volkspartei ausgegangene Vorschlag betr. Einrichtung des Einkammersystems fand bei der Mehrheit keine Zustimmung, dagegen erschien eine Herabsetzung der Zahl der Mitglieder des Verbandstages und Rates erforderlich. Der Rechtsausschuß wurde beauftragt, der nächsten Sitzung des Großen Rates seine Vorschläge für eine Revision der Verfassung zu unterbreiten.

Dem Beschluß des Verbandstages, beim Landesverband Schiedsstellen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen verschiedenen Gemeinden, zwischen Gemeinden und ihren Beamten usw. zu errichten, wurde zugestimmt.

Das Dezernentenkollegium wurde ersucht, dem Wunsche des Verbandstages auf Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Halberstädter Verband über das Judengesetz nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

An der Berliner Vorbereitungsanstalt des Landesverbandes für künftige Lehrer sollen zwei Studienräte fest angestellt werden. Der Berliner Gemeindevorstand soll ersucht werden, für Pension und Reliktenversorgung die gesetzliche Gewähr zu übernehmen. Der vom Rechtsausschuß fertiggestellte Entwurf einer Geschäftsordnung für alle Ausschüsse des Landesverbandes wurde mit kleinen Abänderungen genehmigt. Eine Anregung der Berliner jüdischen Gemeinde, die Rabbinergehälter in den verschiedenen Gemeinden einander anzugleichen, soll in der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände beraten werden. Eine Dienstanweisung für jüdische Gefangenenseelsorge soll im Einvernehmen mit dem sozialen Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Rabbinerverbandes vom Preußischen Landesverband dem Justizministerium eingereicht werden. Das Dezernentenkollegium wurde ermächtigt, die Dienstanweisung für den Fall, daß keine sachlichen Bedenken gegen sie hat, dem Ministerium zu übersenden.

Dr. Freund erstattete einen ausführlichen Bericht über den Stand der Staatsbeihilfen. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, in Zukunft nur noch diejenigen Gemeinden aus Staatssubventionen zu unterstützen, die lediglich dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden angehören.

Die Möglichkeit der Radioübertragung von Gottesdiensten wurde von der Mehrheit des Rates bezweifelt, dagegen war man sich darüber einig, daß insbesondere mit Rücksicht auf die kleinen Gemeinden, die den Gottesdienst entbehren müssen, religiöse Vorträge durch Radio übertragen werden sollen.

Aus den Nachbargemeinden.

Krefeld. Das Zusammenschrumpfen der kleinen Gemeinden. Einen weiteren Beweis für den Rückgang der kleinen Gemeinden liefert auch Dülken, eine stark gewerbetätige niederrheinische Stadt. Im Lauf der letzten Jahrzehnte hat sich die Bewohnerzahl, allerdings auch durch Aufnahme der gleichnamigen Landgemeinde, fast verdoppelt. Sie stellt sich nach der neuen Bevölkerungsaufnahme auf mehr als 16 000. Der Anteil der jüdischen Bewohner wird mit 70 angegeben. 1890 hatte Dülken nach Angabe des vom Gemeindebund herausgegebenen Jahrbuchs 109 jüdische Seelen, 1910 noch 104, jetzt also nach städtischer Ermittlung nur noch 70. Bis vor wenigen Jahren unterhielt die jüdische Gemeinde eine, wenn auch nicht öffentliche Volksschule. Worauf der erhebliche Rückgang in dieser Gemeinde beruht, wird wohl nur von ortsansässiger Stelle mit Sicherheit festgestellt werden können.

Köln. Zur Eingemeindung Köln-Mülheim. Zu einer teils wehmutsvollen, teils freudigen Feier hatten sich am vergangenen Mittwoch die Mitglieder der ehemaligen Synagogen-Gemeinde Mülheim zusammengefunden, um den historischen Akt der Eingemeindung nach Groß-Köln mit ihren bisherigen Führern und in Gegenwart von Vertretern der Synagogen-Gemeinde Köln zu begehen. Herr Sally Cahen-Lendesdorff, der langjährige und letzte Führer der Mülheimer Gemeinde, begrüßte die Ehrengäste, an ihrer Spitze Herrn Emil Blumenau, den 1. Vorsitzenden der Synagogen-Gemeinde Köln, Herrn Generalkonsul Baumann, Vorsitzender des Repräsentanten-Kollegiums Köln, Herrn Lehrer Reinhardt als Vertreter des Provinzialverbandes rheinischer Synagogen-Gemeinden u. a. m. und gab einen geschichtlichen Rückblick der Entwicklung der über 400 Jahre alten Mülheimer Synagogen-Gemeinde. Deren Anfänge lassen sich zwar nicht mehr einwandfrei feststellen, nachweisbar ist die Gemeinde jedoch seit dem Jahre 1784.

Der Jüdische Frauenbund von Deutschland schreibt uns: Zu der vom 3.—6 Juni in Hamburg stattfindenden, von Frau Rebekka Kohut, Neuyork, einberufenen Weltkonferenz jüdischer Frauen haben sich zahlreiche Delegierte aus 14 Ländern angemeldet. Das genaue Programm der Tagung enthält folgende Themen: 1. Die jüdischen Heirats- und Scheidungsgesetze, Gegensätze zu dem Zivilrecht. 2. Erziehungsfragen: a) Bevölkerungspolitische Aufgaben der jüdischen Frau (Erhaltung der Familie, Konflikte der Generationen), b) Settlementsarbeit, Jugendpflege und Jugendbewegung, c) Berufsberatung und Berufsumschichtung. 3. Soziale und Gemeindefragen: a) Die Frau in Handel und Industrie, b) Gleichberechtigung und Mitarbeit der Frau in der jüdischen Gemeinde, c) soziale Frauenarbeit in den verschiedenen Ländern. 4. a) Die Bedeutung des Völkerbundes für den Frauen- und Mädchenschutz. b) Die Bedeutung der Kulturarbeit in Palästina für die Frauen, c) Notwendigkeit und Aufgaben eines internationalen jüdischen Frauenbundes. In Hamburg wird die Weltkonferenz jüdischer Frauen u. a. vom Senat und der Jüdischen Gemeinde empfangen werden.

Aus der Gemeinde.

Die Zeit des Gottesdienstes.

	Freitag abend	Samstag morgen	Samstag abend
31.5./1.6. Mai	7¼ Uhr	9 Uhr	9.32 Uhr
7./8. Juni	7¼ Uhr	9 Uhr	9.40 Uhr

13./14./15. Juni Schewuoth-Fest
Donnerstag, den 13. Juni, Abendgottesdienst 7½ Uhr.
Freitag, den 14. Juni, Morgengottesdienst 9 Uhr. Abendgottesdienst 7¼ Uhr.
Samstag, den 15. Juni, Morgengottesdienst 9 Uhr. Abendgottesdienst 9.46 Uhr.

Das Schewuoth-Lernen der Chewra findet Donnerstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, im Gemeindezimmer statt.

Die jüdischen Organisationen in Duisburg.

1. **Jüdische Gemeinde.** Vorsitzender: Theodor Lauter. Adresse: Sekretariat, Junkernstraße 2.
2. **Machsike Hadas.** Vorsitzender: Sch. Hauser, Wanheimerstr. 30. Briefadresse: Isaak Zahler, Duisburg, Knüppelgasse 1.
3. **Jüdische Schule.** Am Buchenbaum 32. Leiter: Fritz Kaiser, Landwehrstraße 21, Telephon 4 28 77 Nord.
4. **Jüdischer Kinderhort.** Beguinengasse.
5. **Talmud Thora.** Leitung: Samuel Ostersetzer, Wildstraße 36.
6. **Komitee für Hebräische Kurse.** Adresse: Edmund Levy, Marienstraße 33.
7. **Israelitischer Hilfsverein.** Vorsitzender: Konrektor Rudolf Nußbaum, Junkernstraße 2.
8. **Bikur Cholim.** Vorsitzender: A. Celnik, Heckenstraße 45.
9. **Israelitischer Frauenverein.** Vorsitzende: Frau A. Lilienfeld, Hindenburgstraße 33.
10. **Duisburg-Loge zur Treue U. O. B. B.** Präsident: Rabbiner Dr. Neumark, Fuldastraße 14. Adresse: Kuhlenwall 28.
11. **Central-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Richard Rosenthal, Königstraße 12.
12. **Zionistische Vereinigung.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Max Simon, Königstraße 10.
13. **Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion.** Vorsitzender: J. Schayer, Königstraße 46.
14. **Jüdisch-liberaler Gemeindeverein.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Sally Kaufmann, Königstraße 24.
15. **Verband ostjüdischer Organisationen, Ortsgruppe Duisburg.** Vorsitzender: Ferdinand Löwin, Beekstraße 66.
16. **Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.** Vorsitzender: Dipl.-Ing. Alfred Plaut, Lippestraße 1.
17. **Jüdischer Frauenbund.** Vorsitzende: Frau Rechtsanwalt Ruben, Neckarstr. 52. Schriftführerin: Frau Hertha Herzstein, Sternbuschweg 23 c.
18. **Verband Jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina.** Vorsitzende: Frau Anna Levy, Marienstraße 33.
19. **Jüdischer Jugendbund.** Vorsitzende: Frl. Marta Sommer, Beekstraße 44.
20. **Jüdischer Turn- und Sportverein „Itus", Duisburg.** Vorsitzender: Dr. B. Hallenstein. Anschrift: Frl. M. Birnholz, Münzstraße 48.
21. **Hechaluz.** Vorsitzender: J. Schayer, Königstraße 46.
22. **Jung-Jüdischer Wanderbund.** Adresse: Regi Birnholz, Münzstraße 48.
23. **Zeire-Misrachi.** Anschrift: Regina Gerhard, Universitätsstr. 27.
24. **Bund jüdischer Schüler.** Adresse: Herrmann Neumark, Fuldastraße 14.
25. **Esra.** Anschrift: Malli Isler, Universitätsstraße 20.

Redaktionsschluß für Nr. 10 am Montag, den 10. Juni.

Repräsentantenversammlung vom 15. Mai. Anwesend waren unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Epstein vom Vorstand die Herren Levy, Rechtsanwalt Simon, Gelber, von den Repräsentanten die Herren Brückner, Cohnen, Löwin, Plaut, Moses Strauß, Tillinger und Weißfeld. Es fehlte Herr Meyer. Die Beratung der Satzungen wurde fortgesetzt. Die Bestimmungen über die Kultusausschüsse wurden angenommen, ebenso diejenigen über den Geschäftskreis der Gemeindekorporationen und die Wohlfahrtspflege, die Kassenverwaltung und die Gemeindefinanzen. Aus den Bestimmungen über die Gemeindebeamten ist hervorzuheben, daß die Beamten ruhegehaltsberechtigt nach den für nichtrichterliche Beamten Preußens geltenden Grundsätzen sind, und die Entlassung eines Gemeindebeamten nur aus denselben Gründen ausgesprochen werden kann, aus denen gegen einen nichtrichterlichen Beamten Preußens die gleichen Maßnahmen zulässig sind. Zur Entlassung bedarf es einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Von besonderer Bedeutung ist die Vorschrift, daß die jüdische Gemeinde einem anerkannten Landesverband zugehören muß und daß, sobald es zulässig ist, dieser Landesverband als aufsichtführende Stelle statt der Regierung gilt. Der Entwurf der Wahlordnung wurde dahin geändert, daß der Wahlvorschlag von 50 (nicht bloß 30) Wahlberechtigten unterzeichnet sein muß. Diese Abänderung erfolgte, um eine Zersplitterung der Wahlvorschläge zu verhindern. Schließlich wurden die durchberatenen Satzungen und die Wahlordnung einstimmig angenommen. Herr Levy bat nochmals, das Wahlrecht der Frau zum Gemeindevorstand wieder zu beseitigen. Die Versammlung blieb jedoch bei ihrem Beschluß. Der Vorsitzende bat den Vor-

Gemeindeblatt

für den Synagogenbezirk Duisburg

Amtliches Organ der Gemeinde

Verlagsort Kassel.

2. Jahrgang | Duisburg, den 15. Juni 1929 (7. Siwan) | Nr. 10

Zusammengehörigkeitsgefühl.

Eine Sch'wuaus-Betrachtung.

Von Landrabbiner **Dr. Blum**, Emden.

„Wo gibt es wie Israel ein einig-einziges Volk auf Erden!"

Der Gesetzgebung am Berge Sinai, jenem wichtigsten Ereignisse der jüdischen Geschichte nicht nur, dem bedeutungsvollsten und wirkungsreichsten des gesamten Weltgeschehens vielmehr, gilt die Feier unseres Sch'wuausfestes. Mehr als drei Jahrtausende sind seitdem dahingegangen, und die damals geoffenbarte Religion, das Judentum, lebt und besteht noch heute. Dieselben zehn Flammenworte vom Sinai sind noch heute uns heilig; Sabbat für Sabbat wird in unseren G'tteshäusern noch dasselbe Gesetz verlesen, das der Ewige damals seinem Volke gegeben; Tag für Tag sprechen wir noch dasselbe Sch'ma-Bekenntnis, mit dem unsere Ahnen G'ttes Einheit priesen; Stunde um Stunde regeln noch ungezählte jüdische Menschen ihr Leben in Haus und Familie, in Geschäft und Beruf nach denselben Bestimmungen und Vorschriften, die vor mehr denn dreitausend Jahren gekündet wurden und als Halocho lémausche missinoi, als „Moscheh am Sinai überliefert", noch heute fortleben im Gedächtnis der Menschen, noch heute Beachtung fordern und Erfüllung heischen im Lichte jedes neuen Tages. Das am Sinai geoffenbarte Gesetz, das Judentum, ist ewig und unvergänglich; es hat die Zeiten überdauert und — trotz mannigfach gehäuftem Abfall, trotz vielfach gezeigter Gleichgültigkeit — sich erhalten und behauptet bis zum heutigen Tage.

Die erste Frucht jener G'ttesoffenbarung war die Einheit des jüdischen Volkes. Der Midrasch merkt verständnisvoll an, daß die Schrift selbst gleich bei Beginn die einigende Kraft der G'ttesoffenbarung für die derselben Gewürdigten zeichnet. Denn wohl beginnt der Bericht: wajiss'**u** .. wajowau**u** .. wajachan**u** „sie zogen von Refidim, sie kamen in die Wüste Sinai, sie lagerten in der Wüste"; aber gleich darauf heißt es weiter: wajich**an** schom **Jissroeil** neged hohor „es lagerte dort Israel dem Berge gegenüber"; k'isch echod b'leiw echod „alle wie ein Mann, eines Herzens und einer Gesinnung". Hat auch diese Einheit dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit allen Stürmen der Zeit, allen widrigen Schicksalsschlägen standgehalten?

Als Roms Gewalt das Heiligtum G'ttes zerstörte und den jüdischen Staat zertrümmerte, ward Israels Söhnen und Töchtern zwar das vereinigende Band geraubt und der verbindende Mittelpunkt genommen. In alle Winde zerstreut, in alle Weltgegenden versprengt, in allen Ländern ruhelos umherirrend, in allen Staaten unterdrückt, von allen Völkern gehaßt — so kennzeichnet sich das Wesen des Golus. Aber fast zwei Jahrtausende hindurch haben Israels Geschlechter dieses furchtbare, schier unerträgliche Los erduldet und gelitten, ohne unterzugehen, ohne vom Schauplatze der Geschichte zu verschwinden, ohne in der Masse der übrigen Völker unterzutauchen und zu versinken. Heute leben nicht hie und da vereinzelte Personen oder wenige Gruppen, deren Abstammung von den einst aus Palästinas Fluren Vertriebenen man erst mit großer Gelehrsamkeit nachweisen müßte. Heute leben, in alle Erdteile zerstreut, 16 Millionen Menschen, die es wissen und fühlen, daß sie Juden sind, daß sie zusammengehören. Ob auch getrennt nach Ländern und Völkern, nach Sprache und Kultur, ob auch verschieden in Charakter und Anschauung, in Sitten und Gebräuchen, sind sie doch alle Juden und wollen es sein. All' die Jahrhunderte der Zerstreuung haben der Tatsache ihrer Einheit nichts antun und das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit nicht zerstören können. Es braucht nur einem Juden, dem letzten und geringsten und noch so fremden, etwas Feindseliges zu geschehen, und ein anderer Jude, sei er, wer er sei, noch so angesehen und hochgestellt und sicher geschützt, sieht es oder hört davon — er wird zusammenzucken und Weh empfinden, als fühlte er am eigenen Körper den Schmerz, als nagte an eigener Seele die Sorge, als drohte dem eigenen Leben Gefahr.

Gewiß, dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit zeigt sich bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer; bei vielen mag es mehr oder weniger unbewußt schlummern; bei manchen ist es vielleicht gänzlich unterdrückt und ertötet. Aber bei der großen Mehrheit der Juden war es doch stets lebendig, und in weiten Kreisen der Judenheit regt es sich heute vielleicht inniger denn je. Ob sie in Religion oder Nation, in Rasse oder Schicksalsgemeinschaft den Grund ihrer Einheit erkennen — das Gefühl derselben ist unleugbar vorhanden, ist seit dem Tage vom Sinai vielleicht zeitweilig getrübt und geschwächt worden, ist aber nimmer geschwunden.

Wie Israel einheitlich dem G'ttesberge gegenüber lagerte, so wanderte es, ungeachtet aller äußeren und inneren Zerrissenheit, einheitlich durch die Geschichte aller Völker und Länder. Ein tiefes Midraschwort meint, auch G'tt lege T'fillin; wie aber auf unseren T'fillin das feierliche Bekenntnis stehe: Sch'ma Jissroeil haschem elauteinu haschem echod „Höre, Israel, der Ewige unser G'tt, der Ewige ist einig-einzig", so stehe auf G'ttes T'fillin das bedeutsame ewig gültige Wort: umi k'amm'cho Jissroeil gauj echod boorez „Wo gibt es wie Israel ein einig-einziges Volk auf Erden!"

„Ich werde euch unter die Völker zerstreuen — vereinzelte Saatkörner, von denen eins nicht das andere berührt — ein trostlos-schmerzliches Geschick!" Schwereres, Härteres nicht weiß der jüdische Genius, der im Midrasch sich kündende, für Israel sich auszumalen als Zwiespalt und Trennung und Uneinigkeit.

Das Sch'wuausfest mit seiner Erinnerung an das G'ttesgesetz und seine einigende Kraft mahnt uns darum, das Gefühl der Zusammengehörigkeit in uns zu stärken. Besonders in der jetzigen Zeit, da Gleichgültigkeit und Indifferentismus immer weitere Kreise ergreifen, da wirtschaftliche Not und materialistische Gesinnung den Bestand unserer Gemeinden gefährden, da Mischehen und Austritte aus den Gemeinden an Israels Lebensmark zehren — besonders in der jetzigen Zeit müssen wir jeden Versuch unternehmen und jedes Mittel anwenden, um die Einheit und Einigkeit unter den Juden zu fördern, den Zusammenhang mit der Gemeinde zu stärken und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der jüdischen Gemeinschaft zu pflegen.

Freiheit verpflichtet.

Von Robert Weltsch.

Niemals hat eine Generation von Juden die jüdischen Feste so erleben können wie wir. Der Auferstehung unseres Körpers geht das Erwachen unserer Seele voraus; wir beginnen wieder den tiefen Sinn unseres Erbgutes zu verstehen, der von Geschlecht zu Geschlecht weitergegebenen Botschaft. Durch Jahrhunderte waren uns die Feste hoheitsvolle Symbole; heute sind sie uns eine Lehre für unsere unmittelbare Wirklichkeit.

Unsere Feste knüpfen an an nationale Ereignisse; aber sie sind zugleich Andeutungen kosmischer Vorgänge, Spiegelungen des schaffenden Wirkens der Natur und Sinnbilder ewiger menschheitlicher Gesetze. Pessach ist der Auszug aus Aegypten, Schawuoth die Offenbarung am Sinai; Pessach ist das Erwachen der Natur

im Frühling, Schawuoth die Zeit der ersten Früchte, die menschliche Arbeit dem Boden abgerungen; Pessach ist die Befreiung vom Joch der Knechtschaft, Schawuoth ist die Berufung zur sittlichen Aufgabe.

Durch Jahrhunderte war nur der nationale Sinn dieser Feste deutlich; sie waren geschichtliche Gedenktage. Der naturhafte Sinn war mit dem Verlust der palästinensischen Heimat zur Erinnerung verblaßt. Der menschheitliche Sinn mußte verborgen bleiben, seitdem die erste Voraussetzung für seine Erfüllung, das freie nationale Leben, geschwunden war.

Die Größe dieser Stunde liegt darin, daß wir spüren: die drei Seiten unserer Feste sollen wieder zusammenfallen. Wenn wir jetzt nach Erez-Israel kommen, wird Pessach wieder Frühling, Schawuoth wieder Erstlingsfest sein. Wenn wir wieder zur Freiheit gelangen, dann verstehen wir die doppelte Bedeutung des großen Wortes Freiheit, formuliert in den zwei Fragen: Freiheit wovon — und Freiheit wozu.

Auf die erste Frage gibt Pessach die Antwort: Knechte sind wir gewesen im Lande Aegypten. Auf die zweite Frage gibt Schawuoth die Antwort: Ihr sollt mir sein ein Reich von Priestern und ein heiliges Volk.

Als das Volk aus Aegypten zog, war es ein unorganisierter Haufen, kleinmütig, ungläubig, widerstrebend, rebellierend gegen den gottgesandten Führer und nur besorgt um sein materielles Wohlergehen. Es war dem Pharao entlaufen, aber es war bei jeder auftauchenden Schwierigkeit bereit, zu den Fleischtöpfen der Sklaverei zurückzukehren; es war nicht ergriffen von der Idee.

Erst als es vor den Sinai kam, wurde es geformt vom Gesetz des Geistes, hier erhielt es seine Bestimmung, hier wurde es nun erst eigentlich Volk. Der Sinn seines Seins wurde enthüllt, das Volk entdeckte sein Ich. Denn am Anfang der wahren Befreiung steht das Durchdringen zum Bewußtsein der Freiheit, das höchste Verantwortlichkeit bedeutet. Befreiung ohne sittliche Selbstentdeckung ist sinnlos, führt zu Entartung und Zerstörung; wir heutigen Menschen wissen genau, wie der geheiligte Name der Freiheit zu einem Freibrief für Gewalt und Verbrechen mißbraucht werden kann. Nicht durch den Auszug aus Aegypten wurde uns die Freiheit zuteil, sondern durch die Gesetzgebung am Sinai, die mit dem „Ich bin" anhebt und mit dem „Du sollst" endet; als deren erster Grundsatz der Satz gilt: Du sollst keine anderen Götter haben vor mir. Kein Schwanken, kein Hin- und Herpendeln, keine offene Rückzugslinie nach Mizraim; sondern ganz und ungeteilt und ohne Vorbehalt hast du der zwingenden und kompromißlosen Stimme des Geistes zu folgen. Dies erst ist Freiheit, daß du dich loslösest von den Fesseln deiner eigenen Selbstsucht und von dem Schutt, den die Verbannung in die fremde Welt auf deine Seele gehäuft hat. Dann erst kannst du erkennen, was du zu tun hast. Am Sinai schloß das Volk den Bund, es übernahm eine einseitige Verpflichtung; bis dahin war es aus Erdenstoff gebildet, am Sinai wurde ihm der Atem des Geistes eingeblasen. Schawuoth ist das Fest der Bändigung der auseinanderstrebenden niederen Volkstriebe durch die Kraft des Geistes.

Damals wurde unser Volk geboren. Es gibt keine Wiederholungen in der Geschichte; aber wenn wir heute an Festtagen verkünden, daß der Tag der Befreiung für unser Volk anbricht, dann soll uns dieses Fest auch erinnern: Freiheit verpflichtet. Das ausziehende Volk wird ein regelloser Haufe sein, wenn es nicht von der Idee ergriffen ist, wenn es nicht seiner Bestimmung eingedenk bleibt, wenn es nicht durch die Donner des Sinais geht. Die Befreiung ist noch nicht da; sie kann nicht von Deklarationen kommen und von keiner Macht der Welt, sondern nur von der sittlichen Entscheidung, die das Volk sprechen läßt: Alles, was der Herr geredet hat, wollen wir tun.

Der geschichtliche Sinn und der Ewigkeitssinn unseres Festes wird Sinn unserer Gegenwart.

Am Sinai.

Aus der Bibelübertragung von Buber-Rosenzweig.

Mosche ging vom Berg hernieder zum Volk,
er ließ das Volk sich heiligen, sie wuschen ihre Kleider,
und er sprach zum Volk:
Seid bereitet auf ein Tagdritt, tretet zu keinem Weib.
Es ward am dritten Tag, wies Morgen wurde,
da ward Donnerschallen und Blitze,
ein schweres Gewölk auf dem Berg
und überstarker Schall der Posaune.
Angstbebte alles Volk im Lager.
Da führte Mosche das Volk Gott entgegen, aus dem Lager
sie stellten sich auf zuunterst des Bergs.
Der Berg Sinai rauchte ganz,
dieweil ER im Feuer auf ihn nierderfuhr,
sein Rauch stieg wie des Schmelzofens Rauch,
der ganze Berg angstbebte sehr.
Da ward der Schall der Posaune fortgehend mehr erstarkend
— Mosche redete,
Gott antwortete ihm in einem Schall
und niederfuhr ER auf den Berg Sanai, zum Haupt des Bergs.
ER rief Mosche zum Haupte des Bergs,
und Mosche stieg hinan.
ER sprach zu Mosche:
Hinab, vergegenwärtige dem Volk,
daß sie nicht einreißen zu JHM, um zu schauen, und viele aus ihm fallen;
auch die Priesternden ja, die zu JHM treten, müssen sich heiligen,
daß Er nicht in sie breche,
Mosche sprach zu JHM:
Nicht vermag das Volk zum Berg Sinai aufzusteigen,
denn du selber hast es uns vergegenwärtigt, sprechend: Umhege den Berg und heilige ihn.
Da sprach ER zu ihm:
Geh hinab,
dann steig herauf du und Aharon mit dir,
aber die Priesternden und das Volk sollen nicht einreißen zu JHM aufzusteigen, daß er nicht drein breche.
So ging Mosche hinab zum Volk und sprach zu ihnen.
Gott redete all diese Rede,
er sprach:
ICH
bin dein Gott,
der ich dich führte
aus dem Land Aegypten, aus dem Dienstfrönerhaus.
Nicht sei dir
andere Gottheit
neben meinem Angesicht.
Nicht mache dir
Schnitzwerk noch irgend Gestalt
des, was im Himmel ringsoben, was auf Erden ringsunten, was im Wasser ringsunter der Erde ist,
wirf dich ihnen nicht hin,
diene ihnen nicht,
denn ICH dein Gott
bin ein eifernder Gott,
bedenkend Fehl von Vätern an Söhnen, am dritten und vierten Glied,
denen die mich hassen,
aber Huld antuend ins tausendste
denen die mich lieben und meine Gebote wahren.
Trage nicht
SEINEN deines Gottes Namen
auf den Wahn,
denn nicht freispricht Er ihn,
der seinen Namen trägt auf den Wahn.
Gedenk
des Tags der Feier, ihn zu heiligen.
Ein Tagsechst dien und mach all deine Arbeit,
aber der siebente Tag
ist Feier JHM, deinem Gott:
nicht mach irgend Arbeit,
du, dein Sohn, deine Tochter,
dein Dienstknecht, deine Magd, dein Vieh,
und dein Gastsasse in deinen Toren.
Denn ein Tagsechst
machte ER
den Himmel und die Erde, das Meer und alles was in ihnen ist,
und ruhte am siebenten Tag,
darum segnete ER den Tag der Feier und hat ihn geheiligt.
Ehre
deinen Vater und deine Mutter,
damit fortlangen deine Tage
auf dem Erdacker, den ER dein Gott dir gibt.

Morde nicht.
Buhle nicht.
Stiehl nicht.
Aussage nicht
gegen deinen Genossen als Lugs Zeuge.
Begehre nicht
das Haus deines Genossen.
Begehre nicht das Weib deines Genossen,
seinen Knecht, seine Magd, seinen Ochsen, seinen Esel,
noch irgend was deines Genossen ist.

Jüdische Nachrichten.

Die Weltkonferenz jüdischer Frauen in Hamburg.

Delegierte aus 14 Ländern. — Huldigung für die Präsidentin Rebekkah Kohut.

Hamburg. (JTA.) Als Auftakt zum Weltkongreß der jüdischen Frauen fand am Montag, den 3. Juni, im Uhlenhorster Fahrhaus ein vom Hamburger Israelitischen Humanitaren Frauenverein veranstalteter großer Empfang statt, dem Delegierte aus 14 Ländern sowie zahlreiche Gäste beiwohnten. Die Veranstaltung nahm einen großartigen Verlauf und gestaltete sich zu einer Huldigung für die Präsidentin des Kongresses und Vorkämpferin für den Weltverband jüdischer Frauen. Frau Rebekkah Kohut aus Amerika. Die Vorsitzende des Hamburger Frauenvereins, Frau Sidonie Werner, hielt eine Begrüßungsansprache, in der sie Delegierten und Gästen ein herzliches Willkommen entbot. Im Namen der Hamburger Deutsch-Israelitischen Gemeinde begrüßte der 75jährige Vorsteher, Herr Alfred Levy, den Kongreß. Es folgte eine Ansprache von Rabbiner Dr. Italiener. Der Kongreßpräsidenten, Frau Rebekkah Kohut, die nun das Wort ergriff, wurde eine minutenlange stürmische Ovation bereitet. Frau Rebekkah Kohut sprach herzliche Worte des Dankes für ihr dargebrachte Huldigung und umriß die Ziele des Kongresses und des zu schaffenden Weltverbandes. Es folgten Begrüßungen durch die Vertreterinnen der verschiedenen Länder. Die Führerin der englischen Frauendelegation überbrachte die Grüße von Lady Samuel, der Gattin des früheren Oberkommissars für Palästina Sir Herbert Samuel, die es bedauert, an der persönlichen Teilnahme verhindert zu sein, und den Arbeiten des Kongresses wie dem Zusammenschluß der jüdischen Frauen der ganzen Welt Erfolg wünscht.

Dem offiziellen Teil folgte ein Festessen. Herr Alfred Lisser, der Vorsitzende der Repräsentantenversammlung der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg, toastierte auf die Kongreßpräsidentin Frau Rebekkah Kohut, die Mutter der modernen jüdischen Frauenbewegung. Frau Bettina Brenner-Leipzig, die Vorsitzende des jüdischen Frauenbundes in Deutschland, gab ihrer großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Kongreß in Deutschland stattfindet. Von ihm wird ein erzieherischer Einfluß auf die deutsch-jüdischen Frauen ausgehen; von ihm wird die jüdische Frauenbewegung im Deutschen Reich neue Impulse erhalten. Im Namen des Bundes der deutschen Frauenvereine gab Frau Emma Ender ihrer Sympathie für die Arbeitsziele der jüdischen Frauen Ausdruck.

Palästina-Wanderung im April.

Jerusalem. (J. T. A.) Im April wanderten in Palästina laut offizieller Statistik 417 Personen, unter ihnen 322 Juden, ein. In dem gleichen Monat wanderten 172 Personen, unter ihnen 70 Juden, aus. Der Ueberschuß der jüdischen Einwanderung über die Auswanderung steigert sich in den letzten Monaten progressiv. Im März waren 452 Personen, unter ihnen 375 Juden, eingewandert. 236 Personen, unter ihnen 155 Juden, verließen im März das Land.

Jugend und Agency.

Das Mitteilungsblatt des Verbandes der Jüdischen Jugendvereine Deutschlands, der „Jugendbund", bringt in seiner letzten Nummer die Aeußerungen von Führern der deutsch-jüdischen Jugendbewegung zur Frage der Jewish Agency. Beteiligt haben sich neben dem Verbandsvorstand Angehörige des Jugendausschusses des C.-V., der Kadimah-Bundesleitung, des Aelterenbundes der „Kameraden", des Jung-Jüdischen Wanderbundes, des Wanderbundes „Kameraden" und der deutsch-jüdischen Jugendgemeinschaft. Es wird zwar betont, daß die Verfasser nicht im Namen ihrer Organisationen, sondern nur persönlich sprechen. Es handelt sich aber durchweg um führende Mitglieder. Interessant ist, daß sämtliche Zuschriften den Gedanken der erweiterten Jewish Agency begrüßen und darin den Anfang einer Einheitsfront des Judentums in Palästina sehen. Die Verpflichtung des gesamten Judentums zum Aufbau Palästinas wird von allen Teilnehmern der Umfrage bejaht. Mehrere Antworten nichtzionistischer Jugendführer polemisieren nachdrücklich gegen diejenigen Nichtzionisten, welche die Teilnahme an der Palästina-Arbeit ablehnen.

Aus der Gemeinde.

Die Zeit des Gottesdienstes.

13./14./15. Juni Schewuoth-Fest
Donnerstag, den 13. Juni, Abendgottesdienst $7^1/_2$ Uhr.
Freitag, den 14. Juni, Morgengottesdienst 9 Uhr. Abendgottesdienst $7^1/_2$ Uhr.
Samstag, den 15. Juni, Morgengottesdienst 9 Uhr. Abendgottesdienst 9.46 Uhr.

Das Schewuoth-Lernen der Chewra findet Donnerstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr, im Gemeindezimmer statt.

	Freitag abend	Samstag morgen	Samstag nachmittag	Samstag abend
21./22. 6.	$7^1/_2$ Uhr	9 Uhr	—	9.49 Uhr
28./29. 6.	$7^1/_2$ Uhr	9 Uhr	Jugendgottesdienst 3 Uhr	9.47 Uhr

---

Die jüdischen Organisationen in Duisburg.

1. **Jüdische Gemeinde.** Vorsitzender: Max Levy. Adresse: Angerstraße 9.
2. **Machsike Hadas.** Vorsitzender: Sch. Hauser, Wanheimerstr. 30. Briefadresse: Isaak Zahler, Duisburg, Knüppelgasse 1.
3. **Jüdische Schule.** Am Buchenbaum 32. Leiter: Fritz Kaiser, Landwehrstraße 21, Telephon 4 28 77 Nord.
4. **Jüdischer Kinderhort.** Beguinengasse.
5. **Talmud Thora.** Leitung: Samuel Ostersetzer, Wildstraße 36.
6. **Komitee für Hebräische Kurse.** Adresse: Edmund Levy, Marienstraße 33.
7. **Israelitischer Hilfsverein.** Vorsitzender: Konrektor Rudolf Nußbaum, Junkernstraße 2.
8. **Bikur Cholim.** Vorsitzender: A. Celnik, Heckenstraße 45.
9. **Israelitischer Frauenverein.** Vorsitzende: Frau A. Lilienfeld, Hindenburgstraße 33.
10. **Duisburg-Loge zur Treu U. O. B. B.** Präsident: Bankdirektor Eugen Kaufmann.
11. **Central-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Richard Rosenthal, Königstraße 12.
12. **Zionistische Vereinigung.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Max Simon, Königstraße 10.
13. **Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion.** Vorsitzender: J. Schayer, Königstraße 46.
14. **Jüdisch-liberaler Gemeindeverein.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Sally Kaufmann, Königstraße 24.
15. **Verband ostjüdischer Organisationen, Ortsgruppe Duisburg.** Vorsitzender: Ferdinand Löwin, Beekstraße 66.

16. **Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.** Vorsitzender: Dipl.-Ing. Alfred Plaut, Lippestraße 1.

17. **Jüdischer Frauenbund.** Vorsitzende: Frau Rechtsanwalt Ruben, Neckarstr. 52. Schriftführerin: Frau Hertha Herzstein, Sternbuschweg 23 c.

18. **Verband Jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina.** Vorsitzende: Frau Anna Levy, Marienstraße 33.

19. **Jüdischer Jugendbund.** Vorsitzende: Frl. Marta Sommer, Beekstraße 44.

20. **Jüdischer Turn- und Sportverein „Itus", Duisburg.** Vorsitzender: Dr. B. Hallenstein. Anschrift: Frl. M. Birnholz, Münzstraße 48.

21. **Hechaluz.** Vorsitzender: J. Schayer, Königstraße 46.

22. **Jung-Jüdischer Wanderbund.** Adresse: Regi Birnholz, Münzstraße 48.

23. **Zeire-Misrachi.** Anschrift: Regina Gerhard, Universitätsstr. 27.

24. **Bund jüdischer Schüler.** Adresse: Ernst Neumark, Fuldastraße 14.

25. **Esra.** Anschrift: Malli Isler, Universitätsstraße 20.

Repräsentantenversammlung vom 30. Mai 1929. Anwesend waren unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Epstein die Herren Cohnen, Moritz Meyer, Plaut und Tillinger, vom Vorstand die Herren Levy, Rechtsanwalt Simon und Gelber. Die Sitzung war nicht öffentlich, da Personalfragen behandelt werden mußten.

Mitgliederversammlung des Jüdisch-liberalen Gemeindevereins.

Wir erhalten vom Jüdisch-liberalen Gemeindeverein folgenden Bericht über eine Mitgliederversammlung mit der Bitte um Veröffentlichung.

Der Jüdisch-liberale Gemeindeverein hatte am 29. Mai 1929 seine Mitglieder und die ihm nahestehenden Gemeindeangehörigen zu einer Versammlung eingeladen, in der über die Gründe berichtet werden sollte, die den ersten Vorsteher der Gemeinde, Herrn Theodor Lauter und die beiden liberalen Repräsentanten, die Herren R. Alsberg und H. Strauß bewogen hatten, ihre Aemter in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung niederzulegen. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Rechtsanwalt Dr. Kaufmann I eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er auf die besondere Bedeutung der Versammlung hinwies und in der er feststellte, daß der Jüdisch-liberale Gemeindeverein sich in der kurzen Zeit seines Bestehens als Zentrum der liberalen Juden in Duisburg erwiesen habe. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Interesse an den brennenden Fragen des Gemeindelebens sich in einem so überaus großen Besuch widerspiegele.

Alsdann ergriff Herr Theodor Lauter das Wort. Er ging davon aus, daß er nach dem Ausgang der letzten Gemeindewahlen, in der die Liberalen in der Minderheit geblieben seien, einen überaus schweren Stand gehabt habe. Sein oberster Grundsatz sei aber gewesen, für den Frieden in der Gemeinde zu sorgen. Das sei nicht immer leicht gewesen, und er habe manchesmal Beschlüssen zustimmen müssen, die er innerlich nicht gebilligt habe. Er habe aber in solchen Fällen seine Meinung zurückgestellt, um den Frieden in der Gemeinde und der Gemeindeverwaltung zu wahren. Zum offenen Kampf sei es aber bei den diesjährigen Etatberatungen gekommen. Er habe gewünscht, den Beitrag für den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der 18 Jahre lang regelmäßig von der Gemeindevertretung bewilligt worden sei, wieder in den Etat einzustellen. Im Vorstand habe er für die Einstellung und Bewilligung dieses Postens auch eine Mehrheit gefunden. Bevor denn der Etat der Repräsentantenversammlung vorgelegt worden sei, habe er sich persönlich bemüht, auch in der Repräsentantenversammlung eine Mehrheit für diesen Posten zusammenzubringen. Es habe zunächst auch den Anschein gehabt, als ob ihm dies gelingen würde. In der maßgebenden Repräsentantenversammlung sei aber trotz aller Bemühungen dieser Posten nicht bewilligt worden. Als er gesehen habe, wie trotz aller Bemühungen mit allen Mitteln von den Gegnern gegen ihn und gegen seine Vorschläge gearbeitet worden sei, habe er eingesehen, daß er bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Verwaltung nicht mehr habe mitarbeiten können. Er habe ursprünglich die Absicht gehabt, sofort die nötigen Folgerungen zu ziehen und sein Amt niederzulegen. Auf Wunsch einiger Freunde habe er aber diesen Schritt noch zurückgestellt, um mit Herrn Rabbiner Dr. Baeck aus Berlin Rücksprache zu nehmen. Er habe dann auch mit Herrn Rabbiner Dr. Baeck gesprochen und Herr Rabbiner Dr. Baeck habe erklärt, daß er den Schritt, den er plane, vollkommen verstehe und auch billige. In dem Bericht über die Repräsentantenversammlung vom 29. April, der in der letzten Nummer der Gemeindezeitung erschienen ist, sei zu diesem Punkte eine andere Darstellung gegeben worden. Diese Darstellung sei mißverständlich, wie Herr Dr. Baeck nachträglich in einem Briefe an ein befreundetes liberales Gemeindemitglied ausdrücklich festgestellt habe.

Nach dem Referat des Herrn Lauter entspann sich eine lebhafte Diskussion, die ihren Niederschlag in einer mit überwältigenden Mehrheit gefaßten Resolution fand, in der die Mitglieder des Jüdisch-liberalen Gemeindevereins den Schritt der Herren Lauter, Alsberg und Strauß billigten und ihnen ihr volles Vertrauen aussprachen.

Dann wandte man sich der Frage zu, welche Folgerungen aus dem Verhalten der Gegner zu ziehen seien, die entgegen ihren Zusicherungen nach den letzten Wahlen nur von Frieden sprächen, wenn man in allen Punkten nachgebe, aber nicht daran dächten, selbst durch Entgegenkommen den Frieden zu fördern. Es wurden eine Reihe von Möglichkeiten erörtert: so der Austritt aus der Gemeinde und die Gründung einer neuen liberalen Gemeinde, die Bildung einer liberalen Gemeinde innerhalb der alten Gemeinde und das Verbleiben in der Gemeinde, bis die Gegenseite einsehen würde, daß sie durch ihr Verhalten die Gemeinde zum Ruin führen werde und die Voraussetzungen für ein gedeihliches liberales Gemeindeleben gegeben seien.

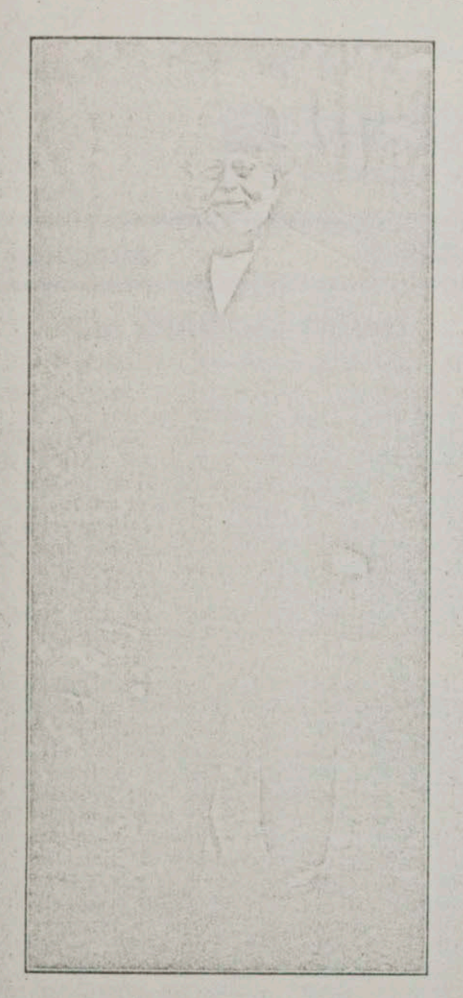
Bei der grundlegenden Bedeutung, die diese Fragen nicht nur für die Gemeinde, sondern auch für jedes einzelne Gemeindemitglied, ja sogar für weitere Kreise des deutschen Judentums besitzen, beschloß man, einen neungliedrigen Ausschuß zu wählen. Dieser Ausschuß soll innerhalb vier Wochen nach Prüfung aller Verhältnisse bestimmte Vorschläge machen, welche Folgerungen aus der augenblicklichen Lage der Duisburger Gemeinde zu ziehen wären und gezogen werden müßten, und dabei auch die Frage des geschlossenen Austritts und gleichzeitig die Gründung einer neuen Gemeinde prüfen.

Jüdische Gemeindearbeit in Duisburg. Ueber dieses Thema sprach Rechtsanwalt Max Simon am 5. Juni in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Zionistischen Vereinigung. Edmund Levy, der Leiter der Versammlung, bezeichnete als ihren Anlaß die Angriffe, die gegen die Gemeindevertretung, vor allem auch gegen die in ihr tätigen Zionisten, in der liberalen Presse und in einer hiesigen nichtöffentlichen Versammlung des Jüdisch-liberalen Gemeinde-Vereins gerichtet worden seien. Simon meinte, das Wort „Zu spät" stehe über all den Ereignissen, durch die man Unruhe in die Gemeinde getragen habe. Wenn man endlich stets habe einsehen müssen, daß die Gegenseite richtig gehandelt habe, sei die Einsicht zu spät gekommen. Das sei so gewesen in Sachen der jüdischen Schule, in Sachen des Wahlrechts, und das werde so sein mit dem letzten Streit, den man vom Zaune gebrochen habe. Als die Schule geplant worden sei, habe man, wie immer, mit

der Sprengung der Gemeinde gedroht. Das Zerrbild, das man von der Schule gemalt habe, sei nicht Wirklichkeit geworden. Mit Freude hätten wir jetzt gehört, daß der Verbandstag des Vereins jüdischer Lehrer in Rheinland und Westfalen in Neuwied beschlossen habe, im nächsten Jahre in Duisburg zu tagen zu Ehren der aufblühenden jüdischen Schule. Zu spät sei die liberale Einsicht bei der Wahlreform gekommen. Der Einheitsblock habe immer auf ein gerechtes Wahlsystem hingearbeitet, ohne an seinen Vorteil zu denken. Die Liberalen erzwangen durch Protest eine Wahl nach dem alten Wahlrecht und machten dadurch die langjährige Arbeit an den Satzungen zunichte. Sie erhofften die Niederringung der Gegner. Als diese eine bedeutende Mehrheit erhalten hatten, wünschten die Unterlegenen nichts dringender, als das von ihnen zu Fall gebrachte gerechte Wahlrecht, das inzwischen von der Repräsentanz verabschiedet worden ist. Schon vor den Wahlen drohte man für den Fall des Unterliegens mit dem Austritt aus der Gemeinde, die man behandelte, wie einen Schützenverein. Das einzige Motiv des Austritts war Enttäuschung und Verärgerung. Nur Verantwortungslosigkeit kann einen Wahlausgang als Grund für den Austritt ansehen. Dann errichte man lieber gleich eine Diktatur. Der einzige Liberale im Vorstand wurde zum Vorsitzenden gewählt. Gibt es eine liberale Gemeinde in Deutschland, die den einzigen Zionisten an ihre Spitze stellen würde? Man bot den Liberalen den Sitz des zweiten Vorsitzenden und des Schriftführers in der Repräsentanz an. Sie lehnten gegen demokratische Grundsätze die Annahme ab. Das war eine Enttäuschung für die, die guten Willens waren. Das ganze Amtsjahr verlief ohne jeden Konflikt. Es wurde emsig gearbeitet. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gab es nie. Oft genug schilderten die liberalen Kollegen innerhalb und außerhalb der Sitzung, wie angenehm das Zusammenarbeiten verliefe. Das geschah noch durch den Vorsitzenden des Vorstandes bei der Etatberatung, um die es sich hier handelt. Mein Kollege hat im Vorstand von mir verlangt, ich solle den im vorigen Jahr abgelehnten Beitrag für den C.-V. wieder in den Etat einsetzen und meine Freunde in der Repräsentanz bestimmen, dafür zu sein oder einen Teil abzukommandieren, damit die Position durchgehe. Die Zumutung solcher Charakterlosigkeit lehnte ich ab, wir müßten nach unserer Ueberzeugung stimmen, wie wir stets gestimmt hatten. Daß wir zu starker Mehrheit gelangt wären, könne kein Grund sein, nunmehr unseren Grundsätzen untreu zu werden. In der Etatsitzung warnten wir feierlich, weil wir von den Niederlegungs- und Austrittsplänen gehört hatten, davor, aus dem Ergebnis einer Abstimmung irgendwelche Folgerungen zu ziehen. Wir selbst strichen den Beitrag für den Keren Kajemeth, den im vorigen Jahre der liberale Vorstand in den Etat gebracht hatte. Der C.-V.-Beitrag wurde wieder abgelehnt, aber nicht infolge der Zusatzstimme des Vorsitzenden, sondern weil er überhaupt eine Mehrheit nicht fand. Die von uns stets bekämpfte Zusatzstimme hat jahrelang den Ausschlag für den C.-V.-Beitrag gegeben. Schon bei Beginn unserer Arbeit in der Verwaltung legten zwei liberale Vertreter ihr Amt nieder, als sie mit ihrem Antrag unterlagen, in der Gemeindevertretung dürften jüdisch-religiöse und jüdisch-politische Fragen nicht zur Sprache kommen, also nichts, was mit jüdischem Leben Berührung hat. Ein Maulkorbgesetz! Paßt einem in der Gemeinde etwas nicht, so wird unter gewissenloser Ausnutzung der alten lex Lasker, die wahrhaftig nicht für solche Zwecke geschaffen war, mit dem Austritt aus der Gemeinde gedroht. Das ist hier Jahrzehnte so geschehen. Die gewählte Gemeindevertretung kann so durch Drohung mit finanziellem Ruin in jedem Augenblick lahmgelegt werden. Die Respektlosigkeit vor der einzigen staatlich anerkannten jüdischen Einrichtung, der Zwangsgemeinde, die den Rest dessen, was jüdisch ist, in Deutschland zusammenhält, kann nur da gedeihen, wo man dem Judentum entfremdet ist. Man möge über die Folgen nachdenken, dann werde man künftig mit uns positive Arbeit tun. (Lebhafter Beifall.) — In der Diskussion meinte der Vorsitzende des Jüdisch-liberalen Gemeinde-Vereins, Rechtsanwalt Dr. Sally Kaufmann, der Einheitsblock habe die nach den Wahlen öffentlich abgegebenen Versprechungen nicht gehalten, nach welchen man keiner Richtung das Lebensrecht absprechen wolle. Man hätte sonst den lächerlich geringen Beitrag bewilligen müssen. Es sei richtig, daß die Arbeit in der Gemeindevertretung ohne Schwierigkeiten ruhig und sachlich abgelaufen sei. Nie sei das Gegenteil behauptet worden, auch nicht in der liberalen Versammlung. Die Arbeit sei möglich gewesen, weil die Liberalen immer nachgegeben hätten. Wenn man sich auf den Standpunkt stelle, die Resolution Mecklenburg sei maßgebend, dann sei die Ablehnung des C.-V.-Beitrags natürlich. Der bewilligte K.H.-Beitrag sei nach Ansicht vieler, denen Redner sich allerdings nicht anschließen wolle, ein Parteibeitrag. Ein hoher Beitrag sei für hebräische Sprachkurse bewilligt worden. Eine Minderheit benutze hier andere Kreise, die nicht mit uns fühlten. — Dr. Epstein: Was wir versprochen haben, haben wir gehalten, wie immer. Wir haben aber nie versprochen, charakterlos zu werden. Niemand konnte annehmen, daß wir für den einen Teil der Juden scharf bekämpfenden C.-V. jetzt stimmen würden, während wir immer den Beitrag abgelehnt hatten. Die Darstellung Dr. Kaufmanns ist unrichtig; auch diejenige die Veröffentlichung der Jüdisch-liberalen Zeitung. In der liberalen Versammlung ist behauptet worden, wir hätten den Liberalen in der Verwaltung die Arbeit von Anfang an sehr erschwert, sie seien sich überflüssig vorgekommen, man habe nur seine Unterschrift hergeben müssen für Entscheidungen, die andere gefällt hätten. Die Behauptung sei falsch. Wer sie aufstelle, müsse die Fälle angeben. Sie stehe in Widerspruch zu der von Simon erwähnten Erklärung der liberalen Gemeindevertreter. Für den K.H. hätten die Liberalen seit Jahren gestimmt, ebenso für die Sprachkurse, die doch nicht liberaler Gesinnung widersprächen. In der Jüdisch-liberalen Zeitung hieß es, die Liberalen wollten die Einheit der Gemeinde erhalten, während wir den Frieden und die Einheit gefährdeten. Am 11. Mai 1928 schrieb der Jüdisch-liberale Gemeinde-Verein, er wolle darauf hinwirken, daß die Verwaltung der Gemeinde nach liberalen Grundsätzen unter Ausschaltung jüdisch-nationaler Bestrebungen geführt werde. Am 24. Mai 1928 erklärte der liberale Generalsekretär Götz unter dem Beifall seiner hiesigen Freunde: „Politik braucht nicht Terror, muß aber immer Machtpolitik sein.“ Am 31. Mai 1928 sagte er in Dortmund: „Im Kampf um die Erhaltung unserer Rechte müssen wir seichte Friedensparolen ablehnen. Denn ein Kampf der l'schem schomajim geführt wird, muß am Ende zum siegreichen Ausgang führen.“ Also Ablehnung des Scholaum, Anerkennung der Macht! Sie wissen, daß hier vor unserer Zeit die Macht ohne Rücksicht ausgenutzt wurde. So wurde z. B. der ordnungsmäßig beschlossene Beitrag für die Kultusbedürfnisse der strenggläubigen Juden von den liberalen Vorstehern jahrelang nicht ausgezahlt, die beschlossenen Statuten wurden der Regierung nicht eingereicht, man verließ sich auf unsere Geduld, weil wir im Gegensatz zu anderen die Behörden nicht anrufen mochten. Der Artikelschreiber der Jüdisch-liberalen Zeitung rühmt es als ein Entgegenkommen der ausgeschiedenen Liberalen, daß sie sich bei vielen Fragen der Mehrheit untergeordnet hätten. Wäre das nicht einfach ihre Pflicht? Es waren aber überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten da. Wir haben niemals an Amtsniederlegung gedacht, auch wenn uns Unrecht zugefügt wurde. Der Artikelschreiber behauptet, in der Repräsentanz seien zum großen Teil Männer, die mit der Geschichte und den Interessen der Gemeinde nicht die geringste Fühlung hätten. Ein neu zugezogener Volljude ist zum Gemeindevertreter geeigneter, als ein eingesessener Ignorant. Doch wer daran Gefallen findet, mag einmal prüfen, wo die ältesten Mitglieder der Duisburger Judenfamilien sitzen, und ob wir länger Mitglieder der Gemeinde sind oder die im Vorjahr unterlegenen Herren. Man hat sich soeben bemüht, den sonst oft gebrauchten Ausdruck Ostjude zu umschreiben. Die Liberalen haben eine Kommission gewählt, um den Austritt aller Liberalen und die Gründung einer neuen liberalen Gemeinde in Erwägung zu ziehen. Duisburg war stets an erster Stelle, wenn es sich um Austrittsdrohungen handelt. Sonntag nahm in Köln der Provinzialverband rheinischer Gemeinden unter Verschärfung meines Antrags einstimmig eine Resolution an, die den Austritt, gleichgültig aus welchen Motiven, verurteilt und den Grundsatz der Einheitsgemeinde aufrecht hält. Am nachdrücklichsten setzte sich der liberale Rabbiner Dr. Kober dafür ein. Es ist nicht richtig, daß Dr. Baeck die Amtsniederlegung gebilligt habe. Fest steht, daß Dr. Baeck jeden Austritt aus der Gemeinde als Verstoß gegen den Klal Jisrael den hiesigen Liberalen gegenüber mißbilligt hat. Die ewigen Drohungen machen jede geordnete Arbeit unmöglich. (Lebhafter Beifall.) — R.-A. Dr. Kaufmann: Ich selbst habe mich immer gegen den Einzelaustritt der Liberalen gewandt. Die Liberalen lassen sich aber nicht das Recht nehmen, im eigenen Hause Herr zu sein. Es ist richtig, daß eine Kommission den Gesamtaustritt aller Liberalen und die Gründung einer neuen Gemeinde erwägen soll. — Herr Danziger: Den auch hier wieder angegriffenen Ostjuden hat die Gemeinde viel zu verdanken. Sie stellen den größten Teil der Kinder der jüdischen Schule. — Lehrer Kaiser: Wir kennen in der Schule nicht Ost- und Westjuden, sondern nur Juden. — R.-A. Simon: Ich muß die liberalen Gemeindevertreter gegen Dr. Kaufmann in Schutz nehmen, der ihnen vorwirft, sie hatten in der Gemeindevertretung ihre Ansichten in die Tasche gesteckt. Das wäre eine Pflichtwidrigkeit gewesen, die nicht vorgekommen ist. Unverständlich ist, wie Dr. Kaufmann den geschlossenen Austritt der Liberalen gegenüber dem Einzelaustritt verteidigen kann. Er weiß, daß sein Verfahren die Zerstörung des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland zur Folge haben würde. Dann müßten in liberalen Gemeinden die Orthodoxen und Zionisten austreten, und der Grundsatz der Einheitsgemeinde, der im Judengesetz von 1847 festgelegt sei und auch dem jüdischen Recht entspreche, würde zertrümmert. Die Folge wäre völliges Chaos. Auch nur das Erwägen eines solchen Planes ist Spiel mit dem Feuer. Man arbeite mit, anstatt sich in unfruchtbarem Terror zu erschöpfen. (Lebhafter Beifall.)

Adolf Abraham Koßmann, ein Mann, den jedes Kind in der Gemeinde kennt, wird am 13. Juni 86 Jahre alt. Zu Rheinbreitbach geboren, kam er in Hattingen zu einem jüdischen Klempnermeister in die Lehre. Als wandernder Handwerksbursche durchzog er dann Süd- und Norddeutschland, arbeitete in Baden-Baden, Karlsruhe, Würzburg und Bremen und landete 1870 in Duisburg, wo er bei dem jüdischen Klempnermeister Philipp Norden Arbeit fand. Der wohnte in der Universitätsstraße in der alten Synagoge, von der wir in unserem Aufsatz „Jüdische Wanderung um Duisburg“ Nr. 1, 1928, erzählt haben. Nach einem Jahre heiratete Koßmann seines Meisters Tochter Sophie. Die Trauung fand vor dem Duisburger Gericht in der Beekstraße statt. Auf dem Richtertisch brannten feierlich zwei Kerzen. Koßmann wohnte bei seinem Schwiegervater. Unsere Leser wissen, daß die alte Synagoge das Anatomiegebäude der früheren Universität war. Man erzählte sich in der Judenschaft, die zu anatomischen Zwecken

benutzten Leichen seien im Keller untergebracht worden. Deshalb war es nicht ganz geheuer in den Keller, und niemand wagte ihn zu betreten. Nur Koßmann machte sich nichts aus den gruseligen Geschichten, die man sich erzählte, er lachte die Leute aus und suchte keck und kühn mit Makkabäermut die unheimlichen Kellerräume öfter auf, als es nottat. Später arbeitete er ununterbrochen 30 Jahre lang bei der Staatsbahn



in Duisburg, bis er, 70 Jahre alt, pensioniert wurde. 1901 ging er mit Bertha Salberg aus Byk in Ostpreußen, einer Witwe, eine zweite Ehe ein. Seit Jahren ist Koßmann als Hilfsschamasch für die Gemeinde tätig. Frisch und munter spaziert der ehemalige Handwerksgeselle durch die Straßen, jeden Bar Jisrael (er kennt sie alle) freundlich grüßend. Wir wünschen unserem alten Freunde weiter Gesundheit und Frische ad meah w'esrim schanah. H. E.

Schwester Margot Cohen, die zwei Jahre lang in Diensten der jüdischen Duisburg-Loge zur Treue tätig war, hat eine Stelle als Gemeindeschwester in der jüdischen Gemeinde Stettin angenommen und wird uns in den nächsten Tagen verlassen. Sie hat sich den Dank der hiesigen Gemeinde erworben. Vor allem widmete sie sich unermüdlich der Fürsorgetätigkeit. Es gelang ihr, den Gesundheitszustand der jüdischen Kinder zu heben. Durch ihre Bemühungen bei den Behörden verschaffte sie manchem Kind die Wohltat eines Erholungsaufenthalts. Die zahlreichen jüdischen Familien, denen Schwester Margot hilfreich zur Seite stand, sehen sie mit Bedauern von Duisburg scheiden.

Jüdische Schule. Die vierte Lehrerstelle wurde Fräulein Weißberg übertragen. Sie genoß ihre Ausbildung im jüdischen Lehrerseminar in Köln. Sie unterrichtet die Schüler des zweiten Schuljahres.

Der Provinzialverband rheinischer Synagogengemeinden hielt am 2. Juni in Köln eine von den Vertretern vieler rheinischen Gemeinden beschickte Tagung ab. Die Duisburger Gemeinde war durch die Herren Rabbiner Dr. Neumark, Max Levy, Eduard Gelber und Dr. Epstein vertreten. Die Tagung befaßte sich fast ausschließlich mit der Frage des Austritts aus der Gemeinde. Sie endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, die den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden bittet, alle Anstrengungen zu machen, um die Verabschiedung des geplanten Judengesetzes zu beschleunigen, die ferner alle Gemeinden bittet, den Ausgetretenen die Benutzung der Gemeindeeinrichtungen zu versagen. Der Austritt aus der Gemeinde, welches Motiv auch dafür vorgebracht werden sollte, wurde aufs schärfste verurteilt.

Ostjüdische Delegierten-Tagung für Rheinland-Westfalen. Wir erhalten folgenden Bericht: Am 5. Mai hielt der Verband ostjüd. Organisationen seinen ordentlichen Delegiertentag im Chorsaal der Synagogengemeinde, Essen, ab, an dem 42 Delegierte aller angeschlossenen Ortsgruppen sowie zahlreiche Gäste und Zuhörer teilgenommen haben. Der 1. Vorsitzende Herr Dr. Büschel, Essen, eröffnete die Tagung und begrüßte die verschiedenen Vertreter der Ortsgruppen, des Vorstandes der Synagogengemeinde, des Rabbinats, der Jüd. Volkspartei, Zionistischen Vereinigung, Misrachi sowie des polnischen Konsulats aufs herzlichste, und freute sich, feststellen zu können, daß große Interesse an den Arbeiten des V. o. O. gezeigt wird. Die Vertreter der einzelnen Organisationen dankten und freuten sich, auch ihrerseits festzustellen, daß sie Gelegenheit an der Tagung teilzunehmen haben, und die Arbeiten zu verfolgen und wünschten guten Verlauf. Der Vertreter des polnischen Konsulats Herr Jan Piechocki gab namens des neuen Konsuls Dr. Zawada die Erklärung ab, daß der Herr Konsul die Arbeiten des V. o. O. mit großem Interesse verfolge. Auch er wünschte der Tagung guten Verlauf und Erfolg. — Sodann fand die Wahl des Büros: Dr. Büschel als Vorsitzender, Fuchs als Stellvertreter, Jelin als Schriftführer und des Permanenzausschusses: Feldmann, Salpeter, Frohmann, Berger, Brecher, Günzberg, Epstein und Korn, statt. — Nach der Wahl erstattete Herr Dr. Büschel den Tätigkeitsbericht des abgelaufenen Geschäftsjahres 28/29 der auf die vielseitigen Leistungen des V. o. O. hinwies. In kultureller, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht ist der V. o. O. das Bindeglied aller in Deutschland lebenden Ostjuden. Er ist auch Vermittler zwischen dem Verbande und den Gemeinden sowie Behörden. Das Bestehen des V. o. O. hat sich als eine Notwendigkeit erwiesen. Ihm folgte dann Herr Epstein, Essen, mit dem Kassenbericht. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat des Herrn F. Krakowski, Elberfeld, über: „Kulturarbeit und Jugenderziehung". Nach der Mittagspause referierten Herr A. Feldmann, Bochum „Ueber die Gründung einer Kreditgenossenschaft" sowie Herr Direktor Dr. E. Rosenbaum, Warschau über die hebräischen Schulden „Tarbuth" in Polen. An der Generaldebatte beteiligten sich neben den Vertretern der Ortsgruppen auch die Herren Rabbiner Drs. Samuel und Hahn, Essen. Nach der Entlastung der Exekutive folgte Neuwahl derselben, sowie der Kassenrevisoren. Herr Dr. Büschel ist durch Zuruf einstimmig zum 1. Vorsitzenden wieder gewählt. Durch Geheimabstimmung sind die Herren Brodinger-Duisburg, Epstein-Essen, Feldmann-Bochum, Jelin-Düsseldorf, Krakowski Elberfeld und Preschel-Dortmund gewählt. Zu Kassenrevisoren die Herren S. Salpeter-Düsseldorf und A. Korn-Dortmund. Die vom Permanenzausschuß eingebrachten Anträge und Beschlüsse sind von der Versammlung angenommen und genehmigt worden. — Herr Dr. Büschel dankte allen Mitarbeitern für ihr reges Interesse an dem Wohle der Ostjudenheit und schloß um 21.30 Uhr die Tagung. J. J.